

5. April 2013

### **Antrag des Fraktionsvorstandes der SPD-Bürgerschaftsfraktion an die Fraktionsversammlung der SPD-Bürgerschaftsfraktion:**

Die Fraktionsversammlung der SPD-Bürgerschaftsfraktion möge beschließen:

Das Mitglied der Bremischen Bürgerschaft Dr. Martin Korol wird wegen Vorliegen der Voraussetzungen nach § 9 Absatz 1 und 2 der Geschäftsordnung der SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen (18. Legislaturperiode) aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion (Land- und Stadt) mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen.

#### Begründung:

Dr. Martin Korol, geb. am 4. Dezember 1944, gehört seit dem 12. Februar 2013 als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft (Land und Stadt) an und ist somit seit diesem Zeitpunkt Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Unmittelbar nach seinem Eintritt in die Bürgerschaft sind Auszüge verschiedener Texte Martin Korols, die er im Internet auf seiner eigenen Website eingestellt hatte, durch verschiedene Medien veröffentlicht und so einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat auf diese Weise Kenntnis von den Veröffentlichungen und der Website von Martin Korol erlangt. Die fraglichen Texte enthielten schwerwiegende pauschalisierende Diskriminierungen und Verächtlichmachungen der Volksgruppe der Roma, Diskriminierungen anderer Migrantinnen und Migranten, u.a. auch von Abgeordneten mit Migrationshintergrund sowie frauendiskriminierende Inhalte (Vgl. Anlagen 1-3).

Herausgehoben werden sollen an dieser Stelle folgende Textpassagen:

„Es muss erstaunen, dass eine so hoch entwickelte Stadt wie Bremen ihre Liebe zu Roma und Sinti entdeckt, die, sozial und intellektuell, noch im Mittelalter leben, in einer uralten patriarchalischen Gesellschaft, gegen die als solche anzugehen gemeinhin stärkstes Anliegen jeder Partei, jeder Kirche und jedes Verbandes ist. Es ist ein Patriarchat, dessen Männer keine Hemmungen haben, die Kinder zum Anschaffen statt zur Schule zu schicken, ihren Frauen die Zähne auszuschlagen und sich selber Stahlzähne gönnen. Viele der jungen Männer schmelzen sich mit Klebstoffdünsten das Gehirn weg. Die Aussicht, dass sie je zum BSP oder auch nur zur Rente beitragen, meiner oder der eigenen, ist gleich Null. Sie werden nicht einmal zur Schule gehen können, aber viele Kinder zeugen und für nichts verantwortlich zeichnen und aufkommen können. Gewiss, auch hier lohnt der Kampf um jedes Kind, um jedes Mädchen und jeden Jungen und um jeden Erwachsene“ (Martin Korol „Sinti und Roma in Bremen“, Fassung vom 06.02.2013, <http://www.martinkorol.de/> [19.02.2013], vgl. Anlage 1).

Ferner hat Martin Korol auf seiner Website die Auffassung vertreten und veröffentlicht, dass Abgeordneter nur sein dürfe, wer einen deutschen Bildungsabschluss habe („MKs Ziele für Bremen“, Fassung vom 09.09.2012, <http://www.martinkorol.de/> [19.02.2013]).

Ferner stellte Martin Korol auf seiner Website die antifaschistische Grundhaltung der SPD infrage:

"Man sehe sich dazu einfach einen Arbeitsbereich unserer Partei an, der wie kaum ein anderer unsere Politik prägt und öffentlichkeitswirksam zeigt. Ich rede von unserem "antifaschistischen Kampf". Unsere Partei wird nicht müde, sich als Hort des Antifaschismus zu geben. Dabei wollen wir nur die Deutungshoheit haben und ein Schwert, das uns erlaubt, den poli-tischen Gegner als "faschistoid", "rechtsradikal" "postfaschistisch" oder ein-fach nur als "rechts" zu bezeichnen. Damit wäre er gebrandmarkt und un-wirksam gemacht. Und es geht in diesem "antifaschistischer Kampf" da-rum, Stellen für Genossinnen und Genossen auf Kosten der Allgemeinheit zu schaffen." („Die SPD muss weiblicher werden“, Fassung vom 27.04.2012, <http://www.martinkorol.de/> [19.02.2013], vgl. Anlage 2).

Schließlich stellt Martin Korol den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie er durch das Grundgesetz und die Bremische Landesverfassung geschützt wird und die entsprechenden Ziele der SPD, infrage und äußert sich in frauendiskriminierender Weise:

„Männer 60+ wie ich sind die letzten Vertreter eines untergehenden Herrschergeschlechtes. Wir standen als Vorstände von Familien in der Mitte der Gesellschaft. Wir waren deren Rückgrat. Die Stärksten von uns gestalteten die Politik im Lande. Wir gaben in der Öffentlichkeit den Ton an und hatten das Sagen. Frauen, Jugendliche, Fremde und Außenseiter verwiesen wir auf die Plätze. Diese Ära ist unwiederbringlich vorbei. Dieser Gesell-schaft geht die Mitte verloren. Familien haben Seltenheitswert und gelten nicht viel. Randgruppen und Singles stehen im Mittelpunkt von Medien, Politik und Wirtschaft. [...] Richtig ist: das Patriarchat ist am Ende. Sein Untergang ist nicht zu verhindern, nur abzubremsen. Aber der Glaube, der Staat oder die Gesellschaft oder überhaupt die Menschen seien, von Frauen regiert, in besseren Händen, ist ein Wahn. Das zeigt sich schon im Kleinen, in einzelnen Lebensbereichen: Im Krippenwahn, im Wahn der sog. „Selbstverwirklichung der Frau“, in der Lust an der Entfremdung auf dem fremdbestimmten Arbeitsplatz in einer Firma und im Massenmord der Abtreibungen. [...] Die Herrscherinnen neuen Typs tarnen ihre Machtergreifung ganz feinsinnig mit Fördermaßnahmen für eine ausgesuchte Klientel von Frauen wie z. B. die Einrichtung von Positionen für Frauenbeauftragte in öffentlichen Verwaltungen und an Hochschulen und eine Vielzahl von Mentoring- und Coachingprogrammen für Frauen. [...] Die nahezu uferlose Alimentation feministischer Initiativen und Förderungsprogramme für MigrantInnen mit Steuermitteln in Milliardenhöhe bei nahezu durchgängig fragwürdigen Inhalten könnte manchen stören, aber kaum jemand weiß davon, und wenn, dann scheut man den Skandal, darüber öffentlich zu rasonieren.“ („Der Untergang des abendländischen Patriarchats in Europa“, Fassung vom 16.12.2012 <http://www.martinkorol.de/> [19.02.2013], vgl. Anlage 3).

„Das neue Frauenbild, das meine Partei, die meisten Institutionen und die Medien propagieren ist zum Teil nur ein Gegenbild zum patriarchalischen, ansonsten ist es genauso ärmlich. Die CDU ist da schon weiter. Sie führt immerhin eine Diskussion über diese Frage. [...] Kristina Schröder will als Ministerin auf keinen Fall eine gesetzliche Frauenquote in Unternehmen einführen und ist so mutig zu sagen, dass sie ihr Wirken im Amt an diese Frage knüpft. (...) Diese Haltung gefällt mir. Nicht nur die (Bundes-)CDU, auch die protestantische Kirche in Bremen ist da schon weiter als meine Partei. Sie wagt zu denken und verlässt den stur antipatriarchalisch ausgerichteten Holzweg aus Mode und Mainstream. [...] Julia Schramm spricht ganz selbstbewusst von „Privilegienmuschi“, wo sich doch jeder Genosse, der selbst hinter vorgehaltener Hand vom „Tittenbonus qua Quote“ zu reden wagte,

damit um Kopf und Kragen redete.“ („Die SPD muss weiblicher werden!“, Fassung vom 27.04.2012, <http://www.martinkorol.de/> [19.02.2013], vgl. Anlage 2).

Folge der ersten Medienberichterstattung war eine umfangreiche überregionale Medienberichterstattung über die fraglichen Inhalte der Texte von Martin Korol sowie über seine Mitgliedschaft in der SPD als auch über sein Amt als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und als Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Eine Dokumentation der Berichterstattung (Anlage 4) ist diesem Antrag beigelegt.

Ein Vertreter des Zentralrats der Sinti und Roma hat der Presse gegenüber die Äußerungen Martin Korols über Sinti und Roma als „niederträchtig und massiv diskriminierend“ bezeichnet (taz v. 21.02.13 „SPD-Abgeordneter hetzt gegen Roma“). Wegen dieser zitierten Textpassagen prüft die Staatsanwaltschaft Bremen, ob gegen Martin Korol ein Anfangsverdacht wegen Volksverhetzung besteht.

Sowohl der Vorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion als auch die SPD-Fraktionsversammlung haben Martin Korol am 1. bzw. 4. März 2013 die persönliche Gelegenheit zur politischen Stellungnahme zu den Texten und den Folgen ihrer Veröffentlichung gegeben und ihn ferner aufgefordert, die Fraktion zu verlassen und sein Bürgerschaftsmandat niederzulegen, um weiteren Schaden von der SPD-Bürgerschaftsfraktion abzuwenden. Martin Korol hat dies abgelehnt. Vorausgegangen waren persönliche Gespräche zwischen Mitgliedern des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes, des Geschäftsführers und des Pressesprechers der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Martin Korol, woraufhin dieser Textpassagen der fraglichen Texte auf seiner Website redigiert und diese schließlich komplett von seiner Website entfernt hat.

Sowohl der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion als auch der Landesvorsitzende der SPD haben sich ausdrücklich öffentlich von den Inhalten der Texte von Martin Korol distanziert (vgl. Anlagen 5 u. 6).

Der Vorstand des Ortsvereins Findorff, in dessen Vorstand Martin Korol die Funktion des Beisitzers innehatte, hat sich ebenfalls von den Äußerungen distanziert und ihn aufgefordert, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen und die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens begrüßt. Der Beschluss des Ortsvereins ist beigelegt (Anlage 7).

Auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), die sich mit den frauenfeindlichen Äußerungen Martin Korols auseinandergesetzt hat, begrüßt die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens in einer schriftlichen Stellungnahme (Anlage 8).

Ferner haben die Jusos in einer veröffentlichten Stellungnahme gefordert, Martin Korol aus der SPD auszuschließen (Anlage 9).

Martin Korol selbst hat erklärt, dass er sowohl in der Fraktion als auch in der Partei verbleiben möchte. In einem Schreiben vom 6. März 2013 an den Landesvorstand der SPD hat er ausgeführt, dass ihm „jeglicher Rassismus fremd“ sei und es ihm völlig fern gelegen habe, „von Rassismus geprägte Diskussionen anzuzetteln“ (Anlage 10).

Auf seiner Homepage fand sich am 13. März 2013 ausschließlich noch folgender Text:

„Überarbeitung meiner Homepage

Am 7. Februar 2013 verstarb meine sehr verehrte Genossin Renate Möbius. Sie war gerade 61 Jahre alt. Sie zeichnete aus, dass sie, wie es im Nachruf der SPD-Fraktion hieß, „herzlich“ und „streitbar“ war.

Ich folge Renate in ihrem Amt als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft nach. Seit dem 12. Februar bin ich als Abgeordneter tätig. Dieses neue Amt bestimmt jetzt mein Leben in einem starken Maße.

Vor zwei Jahren begann ich, Texte und Bilder in eine Homepage zu stellen. Einige der Publikationen auf meiner Homepage waren, wenn man so will, Gedankenspiele eines in vielen Ehrenämtern engagierten Historikers, der sich auch stark für aktuelle Politik interessiert. Das Amt eines Mitgliedes der Bremischen Bürgerschaft setzt neue Maßstäbe und Schwerpunkte. Darum werde ich die Publikationen auf meiner Homepage daraufhin überprüfen, ob sie in Inhalt und Form zu meinem neuen Amt passen. Habe ich den Eindruck, dass das nicht der Fall ist, inhaltlich oder formal, nehme ich sie von der Homepage herunter, um sie zu bearbeiten.

Diese Arbeit ist nicht von heute auf morgen getan. Sie wird einige Zeit dauern. Dafür bitte ich Sie herzlich um Verständnis.

Mit den besten Grüßen,  
Martin Korol“

<http://www.martinkorol.de/> [13.03.2013, 17:00] (Anlage 11)

Mit dieser eigenen veröffentlichten Erklärung hat sich Martin Korol inhaltlich nicht von den dort zuvor veröffentlichten Texten distanziert, noch sich bei den von den diskriminierenden Äußerungen Betroffenen entschuldigt. Vielmehr begründet er die Entfernung der Texte lediglich damit, dass sie nicht zu seinem Amt passen würden. Dies geschah jedoch erst nach Aufforderung durch Mitglieder und Beschäftigte der SPD-Bürgerschaftsfraktion und nicht aus eigenem Antrieb und erst Tage nachdem Martin Korol sein Amt als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Mitglied der SPD- Bürgerschaftsfraktion angenommen und angetreten hatte.

Der Vorstand der SPD-Landesorganisation Bremen hat am 8. März 2013 für die Dauer von drei Monaten das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft des Mitglieds

Martin Korol angeordnet, ferner hat er ordnungsgemäß ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, mit dem Ziel, Martin Korol aus der Partei auszuschließen (Anlage 12). Dies berechtigt die Fraktionsversammlung nach § 9 (1) der Geschäftsordnung der Fraktion, Martin Korol auf Antrag des Fraktionsvorstandes auszuschließen.

Die auf den S. 1-3 zitierten Textauszüge stehen aber auch im diametralen Widerspruch zu den Zielen der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Die SPD hat sich mit dem Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode u.a. verpflichtet, sich in dieser 18. Legislaturperiode für folgende Ziele einzusetzen:

- Die gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund zu sichern und sich mit aller Kraft gegen jegliche Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Ausgrenzung einzusetzen. Zur Erreichung dieses Ziels hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Reihe von parlamentarischen Initiativen in die Bürgerschaft eingebracht, unter anderem zur erleichterten Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für Kinder und Jugendliche, zur erleichterten Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen, für die Erleichterung von Familienbesuchen von Angehörigen aus sog. Drittstaaten, für eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes, für ein humanitäres europäisches Asylverfahren, für eine familienfreundliche Gestaltung des Ehegattennachzugs, für ein erweitertes Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass und insbesondere auch gegen Diskriminierung und Rassismus insbesondere auch in Bezug auf Sinti und Roma, die in Bremen Leben.

Darüber hinaus ist die SPD-Fraktion stolz darauf, dass der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund in ihrer Fraktion am größten ist und rund ein Fünftel der Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion einen Migrationshintergrund hat. Ein Teil dieser Abgeordneten hat ihre Bildungsabschlüsse nicht in Deutschland erworben.

- Ein weiteres Ziel der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt u.a. durch:
  - Initiativen für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft analog zum öffentlichen Dienst.
  - Dies beinhaltet die Forderung, dass beide Geschlechter jeweils mindestens 40 Prozent an Aufsichtsratsmandaten erhalten müssen.
  - Wir wollen das Land Bremen in Fragen der Gleichstellung weiter voranbringen, indem für öffentliche Betriebe langfristig eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten angestrebt wird.

Mit seinen zitierten Texten, die alle während der 18. Legislaturperiode, also zu einem Zeitpunkt entstanden sind, als sich die SPD-Fraktion mit dem Koalitionsvertrag auf die dargestellten Ziele verpflichtet hat und eine Vielzahl von Initiativen zur Integration

und Antidiskriminierung in die Bürgerschaft eingebracht hat, hat Martin Korol deutlich gemacht, dass das für eine sinnvolle Meinungsbildung und Arbeit der Fraktion erforderliche Mindestmaß an prinzipieller politischer Übereinstimmung fehlt. Es ist der SPD-Bürgerschaftsfraktion deshalb auch nicht zumutbar für den Rest der Legislaturperiode in der Unsicherheit zu arbeiten, ob Martin Korol nicht entsprechend seiner veröffentlichten Texte auch als Abgeordneter agieren wird und damit im ständigen Widerspruch zu den Initiativen der gesamten Fraktion stehen wird.

Ferner hat er insbesondere durch seine Erklärung, dass Abgeordnete nur Menschen sein dürften, die über einen deutschen Schulabschluss verfügen, das Vertrauensverhältnis der Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion so nachhaltig gestört, dass den Fraktionsmitgliedern die weitere Zusammenarbeit nicht zugemutet werden kann, insbesondere, da wie dargestellt, ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion über einen Migrationshintergrund und ein Teil von ihnen ihre Bildungsabschlüsse nicht in Deutschland erworben hat. Durch seine Erklärung hat Martin Korol aber insbesondere ihnen das Recht abgesprochen, Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft und damit der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu sein.

Schließlich hat Martin Korol durch die Veröffentlichung seiner Texte das Ansehen der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Öffentlichkeit nachhaltig geschädigt, wie die wochenlange Medienberichterstattung zu dem Thema zeigt. Die Ernsthaftigkeit der Verfolgung der Schwerpunkte und Ziele der SPD-Bürgerschaftsfraktion für die laufende Legislaturperiode wurde hierdurch insgesamt infrage gestellt. Ein Verbleiben Martin Korols als Mitglied in der SPD-Bürgerschaftsfraktion würde die Glaubhaftigkeit der SPD-Fraktion insgesamt infrage stellen. Angehörige der Volksgruppe der Roma, Migrantinnen und Migranten und Frauen, die sich für die Gleichberechtigung einsetzen, haben sich bereits in kürzester Zeit in einer Vielzahl an Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewandt, mit der Frage, wie sich die Mitgliedschaft von Martin Korol in der SPD-Bürgerschaftsfraktion mit den Zielen der Fraktion vereinbaren lasse. Es steht zu befürchten, dass sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion in der laufenden Legislaturperiode weiterhin an den diskriminierenden und rassistischen Veröffentlichungen Martin Korols „messen“ lassen müsste. Auch aus diesen Gründen ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Martin Korol zukünftig nicht denkbar. Der öffentliche Vertrauensverlust, der bereits jetzt in Bezug auf die Ziele der SPD-Fraktion eingetreten ist, würde durch ein Verbleiben Martin Korols in der SPD-Fraktion weiter vertieft und die SPD-Bürgerschaftsfraktion geriete unter ständigen Rechtfertigungsdruck.

Damit liegen mehrere schwerwiegende Gründe vor, die den Ausschluss Martin Korols aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion nach § 9 (2) der Geschäftsordnung begründen. Da er selbst erklärt hat, nicht freiwillig aus der Fraktion ausscheiden oder sein Mandat niederlegen zu wollen, ist der Fraktionsausschluss das einzig

verbleibende Mittel, weiteren schwerwiegenden Schaden von der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der restlichen laufenden Legislaturperiode abzuwenden.

Martin Korol wurde der obenstehende Text im Entwurf zur Verfügung gestellt und Gelegenheit gegeben, zu diesem Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme erreichte den Fraktionsvorstand am 04.04.2013; sie liegt allen Fraktionsmitgliedern inzwischen vor. Die Ausführungen von Martin Korol geben nach Auffassung des Fraktionsvorstandes keine Veranlassung, von dem Antrag auf Ausschluss aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Abstand zu nehmen. Diese Stellungnahme lässt eine umfassende inhaltliche Distanzierung von den gemachten Äußerungen vermissen und vermag die Sorge nicht zu zerstreuen, dass Martin Korol auch zukünftig Positionen vertreten wird, die mit denen der SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht vereinbar sind. Insbesondere sieht der Fraktionsvorstand auch unter Berücksichtigung der Ausführungen von Martin Korol keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit in der Fraktion, da das Vertrauensverhältnis nachhaltig zerstört ist.